A3 Präambel

Gremium:	Vorstand des KV Trier
Beschlussdatum:	10.11.2023
Tagesordnungspunkt:	4. Beschlussfassung Wahlprogramm

Text

Liebe Menschen in unserer schönen Stadt!

Am 9. Juni haben wir wieder die Wahl. Wir dürfen die Mitglieder unseres Stadtrates bestimmen. Sie alle tun ihre anspruchsvolle Arbeit im Ehrenamt. Sie schenken uns ihre Zeit, ihr Wissen und ihr Engagement. Das ist nicht selbstverständlich, aber unverzichtbar in einer Demokratie. Deshalb haben sie unseren Respekt verdient. Das bedeutet auch, sich zu beteiligen. Gehen Sie hin und wählen Sie demokratisch. Bitte!

Den letzten Wahlkampf vor fünf Jahren prägte die junge Klimabewegung „Fridays for Future“. Auch in Trier wurden viele Menschen aktiv, damit niemand mehr ihren Ruf nach Zukunft ignorieren konnte. Seither ist viel passiert: Pandemie, Flutkatastrophe, der Angriffskrieg auf die Ukraine gefolgt von Inflation und inneren Spannungen wirken weiterhin belastend auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Es ist unsere wichtigste Aufgabe, Ihnen eine funktionierende Infrastruktur zu liefern. Deshalb müssen wir in Bildung genauso investieren wie in die Attraktivität unserer Innenstadt, eine bürokratiearme Verwaltung, in Kultur, in die Kinder- und Jugendarbeit, in bezahlbaren Wohnraum und in eine Verkehrswende, die Trier von einer autogerechten zu einer menschenfreundlichen Stadt entwickelt, in der sich auch Kinder und alte Menschen gefahrlos und barrierefrei bewegen können.

Wir müssen unsere Stadt und ihre Einwohner*innen vor den Folgen des Klimawandels schützen und unseren Beitrag dazu leisten, dass dieser verlangsamt wird. Dabei darf niemand auf der Strecke bleiben. Gerade diejenigen, deren Einkommen niedrig und deren wirtschaftliche Situation unsicher ist, müssen besonders unterstützt werden. Mehr Planungs- und Investitionssicherheit benötigen auch Unternehmen. Fachkräfte- und Arbeitskräftemangel, hohe Energiekosten und die Zinsentwicklung treffen auf die Anforderung, in Digitalisierung und Zukunftstechnologien zu investieren. Besonders unsere kleinen und mittelständischen Betriebe müssen sich auf uns verlassen können.

Alle Menschen - unabhängig vom Geldbeutel, Behinderung, Herkunft, Geschlecht, …- haben das Recht auf gleichberechtigte Teilhabe am sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben in unserer Stadt. Die Hürden, die manche daran hindern, müssen wir abbauen. Wir können und wollen auf niemanden verzichten.

Und zuletzt: Die Antwort auf Intoleranz, Hass und Gewalt ist nicht Ignoranz, sondern die inklusive Gesellschaft. An der wollen wir mit aller Kraft arbeiten!